

Stadt Köln sagt Bürgeranhörung zu Asylheim ab



Zu der

Bürgeranhörung über ein geplantes Asylbewerberheim in Köln-Godorf, die für gestern angesetzt war ([PI berichtete](#)), kamen etwa 20 Aktivisten der Bürgerbewegung PRO KÖLN und informierten die Bürger über das, was auf sie zukommt. Das hohe Interesse der Bürger an einer Anhörung zu dem Thema stieß allerdings auf eine (gewollt oder ungewollt) schlechte Planung.

Der Raum für die Anhörung im Pfarrheim der St. Katharina-Gemeinde hätte vielleicht 20 Leute aufnehmen können, doch die ca. 150 Anwesenden mussten bis auf den Hof hinaus stehen.



Die teils sehr verärgerten Godorfer Bürger mussten also hinnehmen, dass die Stadtverwaltung und die Sozialdezernentin Henriette Reker (SPD) einen viel zu kleinen Raum für die Anhörung vorgesehen hatte, was viele Unmutsbekundungen seitens der Versammelten auslöste, die sich bei Schneefall und glatten Straßen auf den Weg gemacht hatten, um ihre Anliegen vorzubringen. Schließlich wurde von der Veranstalterseite die Anhörung wegen Platzmangels abgesagt und man versprach, zeitnah in der Godorfer Realschule einen neuen Termin zu finden.



Der stellvertretende Vorsitzende der Bürgerbewegung pro NRW, Jörg Uckermann (Foto l.), ließ sich davon nicht abhalten und hielt in seiner Eigenschaft als Stadtrat vor dem Pfarrheim eine sehr informative Rede zur Problematik des geplanten neuen Asylbewerberheims, das ungefähr drei Millionen Euro kosten soll, was der desolate Kölner Stadthaushalt nicht verkraftet.

Verkräften dürften die Bürger allerdings auch schwer die naturgemäß steigende Kriminalität, die die nähere Umgebung von Asylbewerberheimen erwartet. So berichtete zufällig eine anwesende Kölnerin von Überfällen auf sie selbst im Zusammenhang mit dem bereits bestehenden Heim im Kölner Süden.



Die Bürgerbewegung Pro Köln kündigte inzwischen an, auch bei dem neuen Termin in der Realschule Godorf, die ironischerweise direkt neben dem besagten Asylantenheim ist, anwesend zu sein und sich bei diesem unbequemen Thema für die Interessen der Bürger einzusetzen, die sich von der Kölner Regierung lediglich getreten, aber sicher nicht vertreten fühlen!



Kontakt:

[Stadt Köln](#)

Dezernat Soziales, Integration und Umwelt

Henriette Reker

Telefon: 0221-22129000

henriette.reker@stadt-koeln.de